

# **EIN JAHR BIS ZUR WAHL**

#### Liebe Leserinnen und Leser,

die politische Sommerpause ist vorbei, und Berlin ist wieder in Bewegung. Auch ich bin zurück im Bundestag und freue mich auf die kommenden Monate, die voller wichtiger Entscheidungen stecken.

In einem Jahr steht die nächste Bundestagswahl an. Die Zeit bis dahin wird entscheidend sein – nicht nur für uns als Partei, sondern auch für die Zukunft unseres Landes. Die großen Themen, die uns alle bewegen, werden jetzt noch intensiver angepackt: Klimaschutz, der Ausbau der erneuerbaren Energien, die Bekämpfung der hohen Lebenshaltungskosten und der soziale Zusammenhalt sind nur einige der Baustellen, die wir dringend vorantreiben müssen.

Aber das Wahljahr bedeutet auch, auf Menschen zuzugehen, ihre Sorgen ernst zu nehmen und gemeinsam Lösungen zu finden. Ich möchte noch stärker in den Dialog treten, vor Ort in den Wahlkreisen, aber auch hier in Berlin. Es wird eine spannende Zeit, in der wir zeigen können, wofür wir stehen und was wir bewegen wollen. Für mich persönlich ist es besonders wichtig, dass wir die sozialen und wirtschaftlichen Herausforderungen angehen und dafür sorgen, dass niemand auf der Strecke bleibt.

Die nächsten Monate werden also intensiv – aber ich bin motiviert und bereit, alles zu geben. Gemeinsam können wir viel erreichen, und ich freue mich auf den Austausch mit euch und eure Unterstützung auf diesem Weg.

**Euer Markus** 

## **BERLIN**



## DAS SICHERHEITSPAKET I

Wir haben diesen Monat im Bundestag ein umfassendes Sicherheitspaket beschlossen, das mir persönlich sehr am Herzen liegt. In Zeiten, in denen die Bedrohung durch Gewalt, Extremismus und Kriminalität zunimmt, müssen wir als Gesellschaft klare und entschlossene Antworten geben. Dabei ist es uns als SPD wichtig, den richtigen Ausgleich zu finden: Sicherheit und Freiheit dürfen sich nicht widersprechen, sondern müssen Hand in Hand gehen.

Mit dem neuen Sicherheitspaket schaffen wir strengere Abschieberegeln für straffällige Ausländer, um klarzumachen, dass schwere Vergehen in Deutschland Konsequenzen haben. Gleichzeitig setzen wir ein Verbot von gefährlichen Messern an öffentlichen Orten durch, um unsere Straßen sicherer zu machen. Und nicht zuletzt erweitern wir die Befugnisse der Bundespolizei, damit sie in bestimmten Situationen schneller und effizienter eingreifen kann. Diese Maßnahmen sind notwendige Schritte, um auf die veränderten Sicherheitsanforderungen zu reagieren.

Wichtig ist mir aber auch zu betonen: Diese Maßnahmen zielen nicht darauf ab, unsere Grundrechte zu beschneiden. Im Gegenteil, sie sollen dafür sorgen, dass alle Bürgerinnen und Bürger sich sicher fühlen können – unabhängig von Herkunft, Einkommen oder Lebenssituation. Denn Sicherheit ist kein Privileg für wenige, sondern ein Grundrecht für alle. Als SPD stehen wir fest dafür, dass Sicherheit und soziale Gerechtigkeit untrennbar miteinander verbunden sind.

Klar muss aber auch sein, dass Gesetzesverschärfungen am Ende nicht zu hundertprozentiger Sicherheit führen können. Diese kann und wird es niemals geben - zumindest nicht in einem freien, demokratischen Land. Vielmehr müssen bereits verabschiedeten Gesetze konsequent umgesetzt werden. Dafür braucht es ausreichend Personal und Kapazitäten, vor allem in den Bundesländern.

## **BERLIN**

## **HAUSHALT 2025**

Im September 2024 hat der Bundestag den Haushalt 2024 mit einem Volumen von 477 Milliarden Euro verabschiedet. Dieser Haushalt stellt eine solide Grundlage für die kommenden Herausforderungen in den Bereichen Klimaschutz, Verteidigung und Digitalisierung dar. Besondere Schwerpunkte wurden auf Investitionen in die Transformation der Wirtschaft gelegt, um den ökologischen Umbau weiter voranzutreiben und die Resilienz des Landes in Krisenzeiten zu stärken.

Für die SPD ist dieser Haushalt ein wichtiger Schritt, um soziale Gerechtigkeit und nachhaltiges Wachstum miteinander zu verbinden. Wir setzen auf eine gerechte Verteilung der Mittel, um den sozialen Zusammenhalt zu stärken und gleichzeitig gezielt in die Zukunftsfähigkeit Deutschlands zu investieren. Klimaschutz und wirtschaftliche Transformation gehen dabei Hand in Hand, und es ist uns wichtig, dass niemand bei dieser Modernisierung abgehängt wird. Daher legen wir besonderen Wert auf soziale Absicherungen, die Unterstützung von Familien und die Förderung von Bildungs- und Sozialprogrammen. Der Haushalt zeigt klar: Ökologie und Ökonomie sind keine Gegensätze, sondern ergänzen sich auf dem Weg zu einer gerechten und nachhaltigen Gesellschaft.

# **BÜROKRATIEENTLASTUNGSGESETZ IV**

Wir haben das Bürokratieentlastungsgesetz IV (BEG IV) beschlossen und zielen damit darauf ab, Unternehmen und Verwaltungen von unnötigem bürokratischem Aufwand zu befreien und Prozesse zu digitalisieren. Eines der zentralen Elemente dieses Gesetzes ist die Digitalisierung von Steuerbescheiden und anderen Steuerverwaltungsakten. In Zukunft sollen diese Dokumente digital bereitgestellt werden, ohne dass zuvor eine ausdrückliche Zustimmung der Empfänger notwendig ist. Es wird stattdessen eine Widerspruchslösung eingeführt, um den Verwaltungsaufwand zu verringern. Als SPD begrüßen wir das Gesetz ausdrücklich. Es ist ein wichtiger Schritt, um die Wirtschaft, insbesondere kleine und mittelständische Unternehmen, von unnötiger Bürokratie zu befreien. Gleichzeitig stärkt es die Digitalisierung in Deutschland, was nicht nur Effizienz in der Verwaltung schafft, sondern auch den Unternehmen wertvolle Zeit und Kosten spart. Für uns ist klar: Eine moderne Verwaltung muss den Bedürfnissen der Wirtschaft gerecht werden, ohne die Rechte von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern zu vernachlässigen. Das BEG IV trägt dazu bei, den Wirtschaftsstandort Deutschland fit für die Zukunft zu machen und gleichzeitig soziale Gerechtigkeit zu wahren.

## **WAHLKREIS**



## **BUNDESTAGSKANDIDAT 2025**



Im September wurde ich einstimmig erneut als Kandidat für die Bundestagswahl 2025 nominiert. Für dieses Vertrauen bedanke ich mich ganz herzlich. Vor uns liegen viele Herausforderungen, doch die SPD hat die richtigen Lösungen. Gleichzeitig muss uns bewusst sein, dass es auf komplexe Fragen nie einfache Antworten geben kann – weder in Deutschland, noch in Europa, noch anderswo auf der Welt. Umso wichtiger ist es, dass wir besser und mehr kommunizieren, die Menschen Land mitnehmen und unserem unsere Entscheidungen nachvollziehbar erklären.

## **WAHLKREIS**

# WEITERFÜHRUNG DES ST. JOSEF KRANKENHAUS IN SCHWEINFURT

Mit großer Erleichterung haben wir vergangene Woche erfahren, dass das Krankenhaus St. Josef in Schweinfurt über den ursprünglich geplanten Schließungstermin am 31. Dezember 2024 hinaus weitergeführt wird. Diese Entscheidung bedeutet eine immense Erleichterung – sowohl für die rund 650 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, deren Arbeitsplätze auf dem Spiel standen, als auch für die Menschen in der Region, deren medizinische Versorgung nun gesichert bleibt.

Die letzten Monate waren von großer Unsicherheit geprägt. Sowohl die Beschäftigten des Krankenhauses als auch die Bürgerinnen und Bürger waren zu Recht besorgt um ihre Zukunft und die Gesundheitsversorgung der Region. Trotz dieser Herausforderungen ist es gelungen, dank intensiver Verhandlungen und der tatkräftigen Unterstützung des Leopoldina-Krankenhauses und der Geomed-Klinik eine Lösung zu finden. Beide Kliniken haben in dieser schwierigen Phase eine zentrale Rolle gespielt, und ihr Einsatz verdient höchste Anerkennung. Dies unterstreicht, wie wichtig Zusammenarbeit und Solidarität in Krisenzeiten sind, insbesondere wenn es um die Sicherstellung der regionalen Gesundheitsinfrastruktur geht.

Auch die Verantwortlichen von Stadt und Landkreis haben sich mit starkem Engagement eingebracht. Ihr entschlossenes Handeln hat maßgeblich dazu beigetragen, den Krankenhausstandort zu stabilisieren und eine Lösung zu erarbeiten, die den Bedürfnissen der Region gerecht wird.

Jedoch muss an dieser Stelle auch deutliche Kritik an der Kommunikation der Krankenhausleitung geübt werden. Die Art und Weise, wie diese Situation ursprünglich kommuniziert wurde, insbesondere gegenüber den Mitarbeitenden, war alles andere als zufriedenstellend. Viele Beschäftigte fühlten sich lange Zeit im Unklaren gelassen, was ihre berufliche Zukunft betrifft, und die Transparenz bezüglich der Entscheidungsprozesse war stark verbesserungswürdig. Zudem war es erschreckend, dass erst sehr spät realisiert wurde, welche immensen Kosten – in Höhe von rund 30 Millionen Euro – eine Schließung des Krankenhauses tatsächlich verursacht hätte. Diese Fehlplanung hat nicht nur für Unruhe gesorgt, sondern auch das Vertrauen in die Führung stark beeinträchtigt.

Für die Zukunft muss sichergestellt werden, dass solche Kommunikationsfehler nicht wieder vorkommen. Gerade in einer so sensiblen Situation ist eine offene, transparente und vor allem zeitnahe Kommunikation entscheidend, um das Vertrauen der Mitarbeitenden und der Bevölkerung zu erhalten. Darüber hinaus muss die Versorgungssicherheit in der Region oberste Priorität haben. Wir können uns nicht erlauben, dass durch mangelnde Planung oder Kommunikationsfehler die Gesundheitsversorgung der Menschen gefährdet wird. Die Ereignisse der letzten Monate sollten uns allen als Mahnung dienen, wie wichtig es ist, dass Krisen nicht nur mit einem klaren Plan, sondern auch mit einem offenen Dialog angegangen werden.



### **MYTHEN UND FAKTEN: DEUTSCHE WIRTSCHAFT**

In der aktuellen politischen und gesellschaftlichen Debatte über die wirtschaftliche Lage Deutschlands kursieren viele Missverständnisse und Mythen. Diese verzerren oft die Sicht auf die Realität und schüren unbegründete Ängste. Hier ein detaillierter Blick auf einige der häufigsten Mythen zur deutschen Wirtschaft und die Fakten, die diesen gegenüberstehen:

#### Mythos 1: "Deutschland steht vor einer Deindustrialisierung."

Wirklichkeit: Die deutsche Industrie ist nach wie vor ein zentraler Bestandteil der Wirtschaftskraft des Landes. Zwar stehen wir vor großen Herausforderungen, wie dem Strukturwandel durch die Digitalisierung und den Klimawandel, doch die Industrie passt sich an. Unternehmen investieren massiv in neue Technologien, etwa in den Bereichen Elektromobilität und erneuerbare Energien. Der Umbau hin zu einer nachhaltigen, klimaneutralen Wirtschaft wird langfristig Arbeitsplätze schaffen und die Wettbewerbsfähigkeit sichern. Studien zeigen, dass Deutschland weiterhin eines der führenden Industrieländer weltweit ist und seine Innovationskraft nicht verloren hat.

#### Mythos 2: "Die hohe Inflation zerstört den Wohlstand."

Wirklichkeit: Es stimmt, dass die Inflation in den letzten Jahren angestiegen ist und dies viele Haushalte belastet. Jedoch ist es wichtig, die Ursachen zu verstehen: Haupttreiber der Inflation sind externe Faktoren wie gestiegene Energiepreise infolge globaler Krisen, etwa des Ukraine-Kriegs, sowie Lieferkettenprobleme. Die Politik hat bereits umfassende Maßnahmen ergriffen, um die Bürger zu entlasten, wie etwa Energiepreisbremsen und direkte finanzielle Hilfen. Zudem zeigen Prognosen, dass die Inflation sich mittelfristig wieder normalisieren wird. Die deutsche Wirtschaft bleibt stabil, da Unternehmen und Verbraucher auf diese Herausforderungen flexibel reagieren.

#### Mythos 3: "Die aktuelle Ampel-Regierung ist schuld an der wirtschaftlichen Lage."

Wirklichkeit: Es ist ein verbreiteter Vorwurf, dass die wirtschaftlichen Herausforderungen Deutschlands einzig auf die Politik der Ampel-Regierung zurückzuführen seien. Doch das greift viel zu kurz. Globale Krisen wie die COVID-19-Pandemie, der Ukraine-Krieg und Lieferkettenprobleme sind maßgebliche Faktoren. Die Ampel-Regierung hat in den letzten drei Jahren wichtige Maßnahmen ergriffen: Entlastungspakete, Energiepreisbremsen und die Erhöhung des Mindestlohns stützen die Bevölkerung. Der Ausbau erneuerbarer Energien und Investitionen in Digitalisierung und Bildung stärken die Zukunftsfähigkeit der Wirtschaft. Die Maßnahmen der Regierung wie der "Doppelwumms" stabilisieren sowohl Bürger als auch Unternehmen in der Krise.

#### Mythos 4: "Deutschland ist wirtschaftlich am Ende."

Wirklichkeit: Deutschland durchlebt zwar wirtschaftliche Herausforderungen, bleibt aber eine der stärksten Volkswirtschaften der Welt. Die Arbeitslosenquote ist im europäischen Vergleich niedrig, Exporte bleiben ein wesentlicher Wachstumstreiber. Investitionen in Zukunftstechnologien, Bildung und eine aktive Arbeitsmarktpolitik sichern die wirtschaftliche Stärke langfristig. Anstatt auf Katastrophenszenarien zu setzen, sollte der Fokus auf den Chancen des Wandels liegen, den Deutschland aktiv mitgestaltet. Der Übergang zu einer nachhaltigeren Wirtschaft bietet immense Potenziale für die Zukunft.

Diese Gegenüberstellung zeigt, dass Deutschlands wirtschaftliche Lage Herausforderungen mit sich bringt, aber auch große Chancen bietet. Mit Innovation, Nachhaltigkeit und gesellschaftlichem Zusammenhalt kann die Zukunft erfolgreich gestaltet werden.

## **SONSTIGES**

## **BESUCHERGRUPPEN IM BUNDESTAG**

Gerne möchte ich darüber informieren, dass das Kontingent für Besuchergruppen für dieses Jahr noch nicht ausgeschöpft ist. Wenn ihr also eine Berlin-Reise plant, habt ihr weiterhin die Möglichkeit, euch für einen Besuch im Deutschen Bundestag anzumelden. Besuchergruppen ab mindestens zehn Personen können entweder an einem Plenarbesuch oder einem Informationsbesuch teilnehmen.

Wenn ihr Interesse habt, meldet euch gerne unter markus.huempfer@bundestag oder 030227 74340, um genauere Information bezüglich eines Zuschusses zu erhalten.

## HERZLICHE EINLADUNG

30. September 2024 18.00 - 20.00 Uhr Wahlkreisbüro Schweinfurt	Stammtisch
02. Oktober 2024 19:00 Mainfrankensäle Veitshöchheim	Info-Veranstaltung Migration, Integration und Entwicklungszusammenarbeit mit dem SPD Ortsverein Veitshöchheim
06. Oktober 2024 Marktplatz Grafenrheinfeld	Kirchweih und Erntedankfest Grafenrheinfeld
29. Oktober 2024 18:00 - 20:00 Naturfreundehaus Schweinfurt	Veranstaltung "Ukraine heute wie damals Suche nach Heimat" mit Lesung Peter Arndt aus dem Roman "Die Wetterseite der Bäume" und Zeitzeugenberichten von Geflüchteten aus der Ukraine

## **KONTAKT**

#### **Berliner Büro**

E-Mail: markus.huempfer@bundestag.de

Telefon: 030 227 74340

Adresse:

Deutscher Bundestag Platz der Republik 1

11011 Berlin

#### **Schweinfurter Büro**

E-Mail: markus.huempfer@bundestag.de

Telefon: 09721 9452400

Adresse:

Rückertstraße 18 97421 Schweinfurt











